

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

39. Ministerrat

30. November 2022

1. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich vom November d.J., mit dem eine gemeinsame Resolution betreffend „Unser Plan gegen die Teuerung: Die Versorgungssicherheit darf nicht durch fehlende wirtschaftspolitische Maßnahmen gefährdet werden und unser aller Leben muss leistbar bleiben!“ sowie 31 Anträge der 8. Vollversammlung vom 10. November 2022 vorgelegt werden.
2. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark vom 16. November 2022, mit dem 10 Resolutionen und 22 Anträge der 7. Vollversammlung vom 10. November 2022 vorgelegt werden.
3. Schreiben des Bürgermeisters von Asten vom 18. November 2022, mit dem eine Resolution vom 20. Oktober 2022 betreffend „Veto gegen die EU-Waldstrategie und RED-III-Richtlinie“ vorgelegt wird.
4. Schreiben von zwei Gemeinden (Ebreichsdorf, Völkermarkt), mit denen Resolutionen betreffend „Energiekosten und Baukosten explodieren – Gemeinden droht Finanzkollaps“ vorgelegt werden.
5. E 274-NR/XXVII.GP vom 17. November 2022 betreffend „Achtung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)“ (Wortlaut siehe Beilage).
6. E 275-NR/XXVII.GP vom 17. November 2022 betreffend „Berichterstattung über Umsetzungsstand Aufbau- und Transparenzplan“ (Wortlaut siehe Beilage).
7. E 276-NR/XXVII.GP vom 18. November 2022 betreffend „Veröffentlichung der Empfehlungen des Tierschutzrats“ (Wortlaut siehe Beilage).
8. E 278-NR/XXVII.GP vom 18. November 2022 betreffend „Einführung eines EU-weiten Rechts auf Reparatur“ (Wortlaut siehe Beilage).
9. E 279-NR/XXVII.GP vom 18. November 2022 betreffend „Strafbarkeit wegen Anleitungen zu sexuellem Missbrauch von Kindern sowie wegen Sexpuppen mit kindlichem Erscheinungsbild“ (Wortlaut siehe Beilage).
10. E 280-NR/XXVII.GP vom 18. November 2022 betreffend „Solidarität mit den Frauenprotesten im Iran“ (Wortlaut siehe Beilage).
11. E 281-NR/XXVII.GP vom 18. November 2022 betreffend „Unterstützung innovativer Pilotprojekte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Tourismusbranche“ (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 17. November 2022

betreffend Achtung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)

Die Bundesregierung wird aufgefordert sich vollumfassend zu der sich im Verfassungsrang befindlichen Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zu bekennen und für die unveränderte Geltung ebendieser vehement einzutreten, denn Menschenrechte sind die Säule des Rechtsstaates und unverhandelbar.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 17. November 2022

betreffend Berichterstattung über Umsetzungsstand Aufbau- und Transparenzplan

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird ersucht, dem Nationalrat vierteljährlich im Rahmen des Budgetvollzugs über den Umsetzungsstand der im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplanes von Österreich eingereichten Reformen und Investitionen und die damit einhergehenden budgetären Auswirkungen zu berichten.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 18. November 2022

betreffend Veröffentlichung der Empfehlungen des Tierschutzrats

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird ersucht, die Berichte des Tierschutzrats zeitnahe nach der Bestätigung der Protokolle durch den Tierschutzrat in dessen darauffolgender Sitzung, längstens jedoch bis 4 Wochen nach der Bestätigung, in der bisherigen Form zu veröffentlichen. Zusätzlich soll über die weitere Behandlung der im Tierschutzrat beschlossenen Empfehlungen im Rahmen des Tierschutzberichts berichtet werden.

Entschließung

des Nationalrates vom 18. November 2022

betreffend „Einführung eines EU-weiten Rechts auf Reparatur“

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, wird ersucht sich auf Europäischer Ebene für ein umfassendes Recht auf Reparatur einzusetzen, das basierend auf einem produktspezifischen Ansatz bestenfalls eine geeignete Information über die Reparierfähigkeit, Vorgaben zur Vorhaltung von Ersatz- und Verschleißteilen sowie leicht zugängliche Wartungsinformationen beinhalten sollte. Dabei ist für die konkrete Ausgestaltung eine enge Einbindung aller Interessengruppen zu gewährleisten und die notwendige Austarierung unter dem Gesichtspunkt der Geeignetheit für die Zielerreichung, der Wettbewerbsfähigkeit im globalen Kontext und der besonderen Herausforderungen, die sich für KMU stellen, im Blick zu behalten.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 18. November 2022

betreffend Strafbarkeit wegen Anleitungen zu sexuellem Missbrauch von Kindern sowie wegen Sexpuppen mit kindlichem Erscheinungsbild

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Justiz, wird aufgefordert, zu prüfen, ob Strafbestimmungen gegen die Verbreitung und den Besitz von Anleitungen zu sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet sowie gegen das Inverkehrbringen, den Erwerb und den Besitz von Sexpuppen mit kindlichem Erscheinungsbild fehlen, und zu evaluieren, inwiefern das Pornographiegesez in seiner jetzigen Form dem Schutz von Kindern und Jugendlichen gerecht werden kann.

Entschließung

des Nationalrates vom 18. November 2022

betreffend Solidarität mit den Frauenprotesten im Iran

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten wird ersucht, die gewaltsame Niederschlagung der Proteste im Iran, sowie die vielen Verhaftungen aufs Schärfste zu verurteilen und gegenüber dem Iran unmissverständlich festzustellen, dass Menschenrechte und insbesondere die Rechte von Frauen, Versammlungsfreiheit, die freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit gewahrt werden müssen.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung ersucht, weiterhin für eine rasche und transparente Aufklärung der Todesursache des Falls Masha Amini einzutreten und sicher zu stellen, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden, sowie sich für eine unverzügliche Freilassung der anlässlich der jüngsten Proteste Inhaftierten, insbesondere der verhafteten Journalistinnen und Journalisten, einzusetzen.

Zudem soll sich die Bundesregierung wie bisher vehement auf europäischer und internationaler Ebene für die Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen einsetzen.

Entschließung

des Nationalrates vom 18. November 2022

betreffend die Unterstützung innovativer Pilotprojekte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Tourismusbranche

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, möge die Konzipierung innovativer Pilotprojekte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Tourismusbranche im ländlichen Raum mit Fokus auf bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote durch adäquate Maßnahmen gezielt unterstützen.